

Albrecht von Lucke

## Wie hast du's mit der Außenpolitik? – die linke Gretchenfrage

Derweil die Krise in der Ukraine weiter eskaliert, ist ein Kollateralschaden bereits eingetreten, nämlich in der deutschen Innenpolitik: Die Möglichkeit einer rot-rot-grünen Koalition auf Bundesebene ist in weite Ferne gerückt.

Wie bereits die Krimkrise gezeigt hat, sind die Positionen aller drei potenziellen Partner höchst disparat, speziell aber die der beiden Oppositionsparteien, der Grünen und der Linkspartei. Teile beider Parteien schaukeln sich regelrecht gegenseitig hoch. Man könnte auch sagen: Grüne Realos und linke Linke haben sich gesucht und gefunden. Denn beide haben eines gemeinsam: das fehlende strategische Interesse an einer rot-rot-grünen Koalition.

Besonders deutlich ist diese strategische Orientierung bei diversen realpolitischen Funktionären der grünen Partei. Ihre Lehre aus dem dreimaligen rot-grünen Scheitern ist klar: Nie wieder soll uns widerfahren, was nach der letzten Bundestagswahl passiert ist: nicht regieren zu können, nur weil man auf die schwarz-grüne Option nicht vorbereitet war.

Ihre Konsequenz aus dem grünen Wahldebakel vom 22. September 2013 lautet: »Opposition ist Mist«. Ihr Motto für 2017: »Volle Kraft in Richtung Schwarz-Grün.« Deshalb haben die Grünen auf ihrem ersten Parteitag nach der Wahlniederlage nicht nur einen Teil ihrer Führung ausgewechselt – bezeichnenderweise nicht auf Seiten der Realos, sondern mit Jürgen Trittin und Claudia Roth nur auf Seiten der Linken –, sondern auch gleich den koalitionsfähigen Schalter umgelegt. Nach dreimaligem Scheitern an Rot-Grün wollen sie sich endgültig aus der babylonischen Gefangenschaft der SPD befreien. Die schwarz-grüne Koalition in Hessen ist dafür der schlagende Beweis. Trotz der aus grüner

Sicht ausgesprochen dünnen Ergebnisse des Koalitionsvertrages gilt dort für die Grünen bereits wieder die alte Devise des Hyperrealos Joschka Fischer: »Regieren geht über studieren.«

Kurzum: Die meisten Realos unter den Grünen begreifen sich längst als Teil einer schwarz-grünen Regierung im Wartestand. Von der bloß behaupteten Äquidistanz gegenüber Rot-Rot-Grün bzw. Schwarz-Grün kann bei ihnen keine Rede sein. Aus strategisch durchaus plausiblen Grund: Gleichzeitig auf eine rot-rot-grüne Option zu setzen, würde die schwarz-grüne Option zu sehr gefährden. Die Devise der grünen Realos ist daher klar: Man spielt nicht mit den linken Schmuddelkindern. Schließlich galt man viel zu lange selbst als ein solches, mit dem keiner koalieren wollte.

Allerdings korrespondiert diese Position glänzend mit den angeblich besonders »linken« Teilen der Linkspartei, die ebenfalls an einer gemeinsamen Strategie von Grünen und Linken kein Interesse haben. Lieber richten sie sich in der Rolle der linken Radikalopposition behaglich ein, mit fortgesetztem SPD- und Grünen-Bashing als strategischer Geschäftsgrundlage. Der Ukraine-Konflikt kam da wie gerufen: Während linke Linke (wie Wolfgang Gehrcke) die Grünen als den rechten Rand des deutschen Parlaments diffamierten, ließen grüne Realos wie Reinhard Bütikofer Sahra Wagenknecht als Fünfte Kolonne Moskaus aufmarschieren.

Linke Linke und grüne Realos haben an dieser wechselseitigen Polarisierung also durchaus ein gemeinsames Interesse. Zumal die Leidtragenden andere sind, nämlich, neben den rot-rot-grünen Reformern

*SPD- und Grünen-Bashing –  
Geschäftsgrundlage  
der Linkspartei*

bei Grünen und Linkspartei, vor allem – die SPD: Ohne eine neue Koalitionsoption stünde sie angesichts der anhaltenden Chancenlosigkeit von Rot-Grün auch 2017 wieder blank da. Allenfalls könnte sie auf eine Ampel setzen – oder auf die Fortsetzung der Großen Koalition.

Dabei hatte die SPD nach dem 22. September 2013 vor allem dank der Einsicht in die fehlende Perspektive von Rot-Grün ihre grundsätzliche Absage an Rot-Rot-Grün auf Bundesebene revidiert. Eine rot-rot-grüne Reformperspektive – als »Mehrheit links der Union« (Willy Brandt) – ist also prinzipiell möglich. Allerdings bedeutet dies auch das Eingeständnis eines echten Abhängigkeitsverhältnisses der Sozialdemokratie: ohne Veränderung der Linkspartei keine linke Koalition und keine SPD-Kanzlerschaft. Die Linkspartei wird so zum potenziellen Türöffner oder Türriegel.

Faktisch hängt das Zustandekommen jeder rot-rot-grünen Koalition damit entscheidend von zweierlei ab: Erstens, inwieweit die Linke tatsächlich von ihrem bisherigen Erfolgsrezept, dem Anti-SPD-Kurs, Abstand nehmen will – und auch strategisch kann. Das heißt, inwieweit es ihr gelingt, eine andere aussichtsreiche Basis für ihre Wahlkämpfe zu finden, durch realitäts-taugliche eigene Konzepte.

Und zweitens, inwieweit die Linkspartei überhaupt willens ist, zukünftig gestalterische Macht anzustreben. Dafür muss sie etwas wesentlich Grundsätzlicheres klären, nämlich ihren Standpunkt zu dieser Republik und die Frage, ob sie für dieses Land tatsächlich Regierungsverantwortung übernehmen will – oder ob sie doch lieber in der Rolle der radikalen Herrschaftskritikerin verbleibt.

Die Grünen haben auf Bundesebene eine ganze Dekade zur Klärung dieser Frage benötigt. In der Linkspartei sind diese beiden zentralen Punkte dagegen bisher in

keiner Weise geklärt. Das liegt nicht zuletzt am Fehlen eines strategischen Zentrums in der Parteispitze. Stattdessen existieren in der Linkspartei eine Vielzahl von Fraktionen, Grüppchen und Einzelkämpfern, die kaum miteinander kommunikationsfähig oder willens sind.

All das sind denkbar schlechte Voraussetzungen für ein zukünftiges rot-rot-grünes Regierungsprojekt. Dabei liegt der »Schlüssel« dazu, wie es der SPD-Vorsitzende ausdrückt, nun in der Tat im Karl-Liebknecht-Haus. Die Linkspartei entscheidet mit ihrer zukünftigen Positionierung darüber, ob es überhaupt zu einer Koalition kommen kann.

Fest steht: Aus Sicht der Linkspartei, die sich stolz als »die Opposition« bezeichnet, ist die reine Oppositionsrolle zweifellos erheblich einfacher als die Entwicklung einer anspruchsvollen links-reformerischen Perspektive. Harte Auseinandersetzungen in der Sache – Abspaltungen inklusive, siehe die Geschichte der Grünen – wären bei Letzterem wohl vorprogrammiert.

Andererseits bedeutet die Absage an Rot-Rot-Grün den Verzicht auf eine eigene linke Gestaltungsperspektive an der Regierung. Zudem birgt die pauschale Absage auch für DIE LINKE ebenfalls eine erhebliche Gefahr – nämlich die einer Spaltung in der Opposition, die wir aus den ersten Jahren der grünen Parteigeschichte kennen: hier die Grünen als die verantwortungsbewussten, regierungswilligen Realos, dort die Linken als angeblich rein destruktive Fundis. Viel spricht daher dafür, dass DIE LINKE weiterhin ihr Sowohl-als-auch-Spiel betreiben wird: einerseits grundsätzliche Koalitionsbereitschaft zu signalisieren, ohne andererseits die dafür erforderlichen schmerzhaften Debatten in den eigenen Reihen wirklich zu führen.

Dabei sind die Unterschiede in der Innenpolitik durchaus überbrückbar, sind die Gemeinsamkeiten von SPD, Grünen und Linkspartei vermutlich erheblich grö-

### *Der Schlüssel liegt im Karl- Liebknecht-Haus*

ßer als etwa von Grünen und Union. Völlig anders ist die Lage in der Außenpolitik, der jedoch für die Bundespolitik entscheidende Bedeutung zukommt.

Wenn die Linkspartei-Führung in Zukunft tatsächlich mitregieren will, wird sie sich erheblich verändern müssen – insbesondere mit Blick auf die internationalen Verpflichtungen Deutschlands, speziell im

### *Was heißt Friedenspolitik im 21. Jahrhundert?*

Rahmen der Vereinten Nationen, und die aktuellen humanitären Herausforderungen.

Dafür reicht es nicht, stolz sein Alleinstellungsmerkmal als angeblich einzige Friedenspartei wie eine Monstranz vor sich her zu tragen. Vielmehr wäre offen darüber zu streiten, was Friedenspolitik im 21. Jahrhundert tatsächlich bedeutet. Wenn sich weite Teile der Linkspartei durchaus mit Blick auf eine zukünftige rot-rot-grüne Koalition gerade nicht für eine Stärkung der Vereinten Nationen aussprechen, etwa durch deutsche Beteiligung bei humanitären oder Blauhelmaktionen, sondern für den Rückbau der Bundeswehr zur bloßen Landesverteidigungsarmee plädieren, dann wird dies weder den außenpolitischen Verpflichtungen Deutschlands und Europas gerecht – noch den Herausforderungen und Ansprüchen einer wirklichen linken Politik, der es stets auf die Verteidigung der universell gültigen Menschenrechte und damit auf eine Stärkung des Völkerrechts und der Vereinten Nationen (siehe die Lage in Afrika) ankommen müsste, nicht aber auf den Rückzug der Mittelmacht Deutschland aus internationaler Verantwortung.

Angesichts der Eskalation in der Ukraine wie der Krise des Westens – der anhaltenden Spaltung von USA und Europa durch Irakkrieg und NSA-Affäre – ist zweierlei geboten: erstens eine stärkere Emanzipation von USA und NATO, und zweitens die alte Forderung nach Fortentwicklung der Europäischen Union zu einer eigenständigen Sicherheits- und Verteidi-

gungsgemeinschaft (mit Hilfe der OSZE). Diese Emanzipation Europas ist aber keineswegs mit weltabgewandter Blockfreiheit zu verwechseln, im Gegenteil: Nur durch ein Mehr an außenpolitischer Verantwortung und Geschlossenheit wird Europa endlich eine eigenständige europäische Rolle in den Vereinten Nationen spielen können (und zugleich überflüssige nationale Verteidigungsausgaben der Einzelstaaten einsparen).

Gleichzeitig wird es aber auch darauf ankommen, die gängige Fixierung auf eine rein militärische Krisenreaktion zu beenden und stattdessen präventive Strategien zu entwickeln, um zukünftig militärische Eskalationen bereits im Ansatz zu verhindern. Diese immense Aufgabe verlangt eine sehr viel grundsätzlichere Kritik an den globalen, nicht zuletzt ökonomischen Machtverhältnissen. Gerade dies könnte allerdings eine Brücke für SPD, Grüne und Linkspartei sein, um zu einer gemeinsamen außenpolitischen Position zu gelangen.

Wer allerdings, wie große Teile der Linkspartei, bereits dann von einer »Militarisierung der Außenpolitik« spricht, wenn eine deutsche Fregatte zur Vernichtung syrischen Giftgases beiträgt, der verschließt die Augen vor den globalen Realitäten. Gleiches gilt, wenn deutsche Lazarett-Flugzeuge für Mali oder die Zentralafrikanische Republik trotz drohenden Völkermords abgelehnt werden – und das exakt 20 Jahre nach dem epochalen Versagen der Völkergemeinschaft in Ruanda. Nur wenn sich auch die Linkspartei diesen neuen außenpolitischen Herausforderungen – gerade für Linke (!) – stellt, wird mit Blick auf 2017 ein wirklicher Politikwechsel möglich werden.

Die Linkspartei, so die Ironie der Geschichte, wird damit tatsächlich zum entscheidenden Akteur, ja, zum Zünglein an der Waage. Denn eines ist klar: Je weniger kooperationsbereit DIE LINKE, desto wahrscheinlicher wird Schwarz-Grün.

Oder doch wieder Schwarz-Gelb? Oder gar die Fortsetzung der Großen Koalition?

Fest steht derzeit nur eins: Dreimal nacheinander – 2005, 2009 und 2013 – hat es für die drei potenziell linken Parteien zu einer gemeinsamen Regierung nicht gereicht. Und das, so die Paradoxie, zweimal, 2005 und 2013, obwohl sie rein rechnerisch zusammen hätten regieren können.

Doch eine arithmetische Mehrheit ist eben noch lange keine gesellschaftliche und damit politisch umsetzbare Mehrheit. In den nächsten Jahren wird sich zeigen müssen, ob 2017 eine solche zustande kommt und damit für SPD, Linkspartei und Grüne eine linksreformerische Politikwende möglich ist. Momentan spricht allerdings fast nichts dafür.



#### **Albrecht von Lucke**

ist Redakteur der *Blätter für deutsche und internationale Politik* in Berlin. Bei Wagenbach erschien zuletzt: *Die gefährdete Republik. Von Bonn nach Berlin.*

[albrecht.vonlucke@blaetter.de](mailto:albrecht.vonlucke@blaetter.de)

*Gero Neugebauer*

## **Cui bono?**

### **Rot-rot-grüne Träume zerplatzen an der Realität**

Ein Gespenst geht um in Deutschland: SPD und Bündnisgrüne schließen eine Koalition mit der Partei DIE LINKE (Linkspartei, LP) nicht mehr kategorisch aus. Oder wurde es schon wieder verscheucht? Erst wird die LP im Wahlkampf aus Koalitionsüberlegungen ausgeschlossen. Danach signalisiert Sigmar Gabriel, es könne in der Zukunft eine solche Koalition geben. Das löst in der Linkspartei Kontroversen zwischen Positionen wie »Warum nicht?« bis hin zu »Niemals, und wenn, dann nur zu unseren Bedingungen!« aus. Die LP-Vorsitzende Katja Kipping bietet der SPD die Kooperation an, falls die Große Koalition scheitern sollte. Das bringt ihr Schelte aus den eigenen Reihen ein. Ein Indiz dafür, dass, wie in der SPD, in dieser Frage innerparteilich Differenzen bestehen. Zugleich irritiert die Ankündigung aus der SPD, Merkel »müsse weg«, Teile der SPD und deren Koalitionspartner, die Union.

Kaum hatte die SPD am Kabinetttisch Platz genommen, wurden die Gedanken-

spiele mit der politischen Wirklichkeit konfrontiert. Die Stellungnahme von Gregor Gysi zur Krim-Krise veranlasste die als pragmatisch geltenden Netzwerker der SPD, ihn wieder aus-, aber Putin auch nicht einzuladen. So pragmatisch sind sie nun auch wieder nicht. Sahra Wagenknecht wollte wohl kaum an ihre frühere Haltung zu Stalin und den Sowjetsozialismus erinnern, als sie die SPD-Position abbürstete. Zugleich irritierten Altvordere der SPD wie Helmut Schmidt oder Gerhard Schröder als »Putinverstehler« den in Handlungsnot befindlichen Frank-Walter Steinmeier.

Wer nach der Wahl noch gemeint hatte, die schmale rot-rot-grüne Mehrheit würde für eine Koalition reichen, sah sich durch das Verhalten in der LP-Fraktion bei der Abstimmung über die Unterstützung der Vernichtung syrischer Giftgaswaffen (die Bundesmarine stellt zur Transportsicherung ein Kriegsschiff ab) nicht bestätigt. Das Ergebnis (fünf Ja-, 35 Nein-Stimmen, 18 Enthaltungen) sowie die Diskussionen